

Geschätzter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

erinnern Sie sich noch? Vor einem Dreivierteljahr standen wir zuletzt an diesem Pult und haben über den Haushalt 2016 und die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts gestritten.

Ja – gestritten. Und zwar richtig. Hauptstreitpunkt waren die drastischen Steuererhöhungen. Die wollte zwar niemand, sie waren aber unvermeidlich, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Die Fraktionen von SPD, Grünen und FDP hatten deutliche Veränderungen am Entwurf der Verwaltung vorgenommen und so eine Entlastung von mehreren Millionen Euro erzielt. Die anderen Fraktionen kamen bloß auf ein einfallsloses „Dagegen!“, ohne rechnerisch brauchbare Alternativen zu präsentieren.

Sei es die friedvolle Vorweihnachtszeit, sei es die Einsicht in das Unveränderliche: Ein Dreivierteljahr später ist alles anders. Die Beratungen in den Fachausschüssen liefen reibungslos und sachlich ab, es wurden keine unbezahlbaren Träumereien präsentiert und die Wunschzettel aller Fraktionen sahen so aus wie der der FDP seit vielen Jahren: Ein leeres, weißes Blatt. Ganz im Sinne einer soliden Finanzpolitik.

Gut so!

Einzig Unbekannte war bis vor ein paar Minuten die Haltung der CDU-Fraktion zum Haushalt 2017. Durch alle Ausschussberatungen hindurch hat sie sich in den Abstimmungen enthalten. Das hat es auch noch nie gegeben. Zwei Monate nach Einbringung des Verwaltungsentwurfs bestanden immer noch ominöse „offene Fragen“, obwohl die Kämmerei keine Frage zum Haushalt unbeantwortet ließ. Offen blieb wohl allein die Frage, ob sich noch ein vernünftiger Grund finden lässt, den Haushalt abzulehnen. Schließlich sind sowohl Bürgermeister als auch Kämmerer zwei dieser bösen Sozis, da muss man vorsichtig sein.

Heute hat die CDU das Geheimnis gelüftet: Sei stimmt gegen Haushalt und Stellenplan. Die Begründung für die Ablehnung des Haushalts sind nicht etwa Steuererhöhungen oder andere Grausamkeiten. Aufgeführt wird eine Liste von Lappalien: Eine gar nicht beschlossene Mikrofonanlage; teure Druckerpatronen; mehrere weitere Anträge, die zum Teil mit CDU-Stimmen beschlossen wurden. Die Ablehnung des Stellenplans wird überhaupt nicht begründet. Die immer noch nicht aufgegebene Skandalisierung der Situation in der Feuer- und Rettungswache ist ein Rückschritt. Insgesamt kann ich die Argumentation der CDU, warum sie sich erneut der Verantwortung für unsere Stadt entzieht, nur als armselig bezeichnen. Schade. Von einer staatstragenden Volkspartei hätte ich mehr erwartet.

---

Nicht mehr erwarte ich von der Fraktion der Linken nach wie vor weit entfernt. Fast freue ich mich auf das jährlich vorgetragene Fazit, dass alle Probleme gelöst und alle Ausgabenträume wahr würden, wenn es in Lüdenscheid endlich eine Vermögensteuer gäbe.

Leider quillt Jahr für Jahr die Ideologie aus jeder Zeile ihrer Haushaltsrede und hindert sie so an einer konstruktiven Mitarbeit zum Wohle der Lüdenscheider Bürger.

Dabei muss ich zugeben, dass die liberale Fraktion auch nicht frei von „Ceterum-Censeo“-Beiträgen ist. Zum dritten Mal spreche ich hier gegen die Umsetzung des IHK Altstadt, das jährliche Folgekosten von einer halben Million Euro verursacht. Neben einer überflüssigen Steuererhöhung hätte der Verzicht den Vorteil, dass nicht alle betroffenen Kultureinrichtungen in ihrer jetzigen Organisationsform auf Jahrzehnte zementiert würden. Zuletzt hatten wir im März beantragt, auf das IHK Altstadt zu verzichten und sind damit an der großen Mehrheit der Fördermittel-Junkies gescheitert.

Für die FDP ist das aber kein Grund, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen und jedes Jahr den Haushalt abzulehnen, solange sich Spuren des IHK dort finden lassen. Wir haben uns mit der Niederlage abgefunden, liebe CDU, und arbeiten weiter an einer guten Zukunft unserer Stadt mit.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf das Thema Fördermittel eingehen. Lüdenscheid hat in den vergangenen Jahren erheblich von Fördermitteln profitiert. So war es bei der Regionale 2013 und so soll es auch wieder beim IHK Altstadt sein. Zum Glück haben wir eine spezialisierte Truppe im Baudezernat, das „Finanz-, Förder- und Vergabemanagement“, das eine großartige Arbeit macht. Allerdings ist die Menge an Förderprogrammen und deren Komplexität in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Besonders ein halbes Jahr vor der Landtagswahl müssen nochmals gnädig Milliarden an die Kommunen verteilt werden. Leider nicht unkompliziert über vorhandene Verteilerschlüsseln, sondern in lauter neue Förderprogramme verpackt. Kleineren Kommunen fehlt schlicht das Personal, um diese Aufspüren, beantragen und abrechnen zu können. Diese „Politik des goldenen Zügels“ muss endlich aufhören. Die Kommunen müssen das Geld erhalten, das ihnen zusteht und dort verwenden dürfen, wo es am sinnvollsten ist. Landesregierungen jedweder Couleur sollten den Räten vor Ort solche Entscheidungen überlassen. Das ist anständiger und würdevoller, als sie nach den roten, grünen oder schwarzen Stöckchen springen zu lassen, die ihnen Düsseldorf hinhält.

Auf Landesmittel verzichten müssen wir zum Beispiel beim Neubau der Feuer- und Rettungswache. Das ist ein Projekt, das alle sechs Fraktionen dieses Hauses für wichtig und dringend halten. Ich bin froh, dass wir uns zu Beginn dieser Sitzung geschlossen hinter das Projekt und geschlossen hinter unsere Feuerwehr gestellt haben. Das hat in Lüdenscheid Tradition, ist zuletzt aber nicht ganz so deutlich geworden. Im Dickicht parteipolitischer Schuldzuweisungen hat eigentlich nur noch die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss gefehlt. Gut, dass es sowas in der Kommunalpolitik nicht gibt und gut, dass in Lüdenscheid alle zur Vernunft gekommen sind.

Das Thema Feuerwehr eignet sich nicht für Parteipolitik, das habe ich hier schon mehrfach gesagt. Stattdessen müssen wir die einberufene Arbeitsgruppe arbeiten lassen, zügig Gespräche mit dem Märkischen Kreis über die Zukunft des Rettungsdienstes führen und dann die Neubaupläne konkretisieren: Wie groß muss er werden, wo passt er hin, welche planungsrechtlichen Voraussetzungen sind nötig? Parallel dazu müssen Sofortmaßnahmen im vorhandenen Gebäude eingeleitet werden, um die Arbeitssicherheit der Feuerwehrleute zu gewährleisten.

Das alles muss in großer Besonnenheit, aber auch so zügig wie möglich geschehen.

Die dafür rein exemplarisch genannten sieben Jahre enden ganz zufällig im Jahr 1 nach dem HSK – der Zehn-Jahres-Periode, die von vielen hier als „fesselnd“ im doppelten Sinne verstanden wird.

Schon heute will ich daher warnen: Das Ende des Haushaltssicherungskonzepts darf nicht die Rückkehr zur Unvernunft bedeuten. Ziel des HSK ist es, für uns und unsere Nachfolger finanziellen Handlungsspielraum zurückzugewinnen. Dieses Ziel dürfen wir nicht direkt wieder zunichte machen, weil uns die Bezirksregierung nicht mehr auf den Füßen steht. Natürlich baut sich nach einem Jahrzehnt der „investiven Zurückhaltung“ ein Investitionsstau auf. Das IHK Altstadt – ceterum censeo – trägt auch seinen Teil dazu bei. Aber wir dürfen alles, was uns wünschenswert, aber nicht direkt notwendig erscheint, einfach nur auf 2023 vertagen. Wir müssen ganz darauf verzichten. 2023 markiert das Ende des HSK und hoffentlich den Beginn eines Schuldenabbauprogramms. Malen wir uns mal aus, was passiert, wenn die Zinsen für Kommunalkredite von heute Null auch nur auf zwei Prozent steigen. Die Bankenaufsicht nennt das „Stress-Szenario“. Ich sage dazu: Der Haushalt fliegt uns um die Ohren.

Daher hoffe ich, dass die Haushaltsplanberatungen in den nächsten Jahren von einer ähnlichen Besonnenheit geprägt werden wie in diesem Jahr.

Sehr geehrter Kämmerer,  
ich danke Ihnen und Ihren Mitstreitern für die Mühe bei der Aufstellung des Haushalts, für die angesichts der frühen Entwurfsvorlage langen Änderungslisten und deren Einarbeitung, für ihren Überblick angesichts des notwendigen Haushaltsausgleichs und schon heute für ihre Arbeit bei der Ausführung des Haushaltsplans 2017.

Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Ihnen danke ich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.